

einzigste Quelle die offiziellen Regierungsverlautbarungen benutzt: „Die Bischöfe Burundis hatten noch keine Gelegenheit, sich zu versammeln, um eine gemeinsame Botschaft zu verfassen. Die Ereignisse haben uns alle überrascht. Wir haben erfahren, daß die Feinde des Landes, aus dem Ausland hereingekommen, zur gleichen Zeit in Rumonge, Bujumbura, Kitega, Gitwenge und an anderen Stellen des Landes angegriffen haben... Diese Feinde haben nicht nur Menschen getötet, die in der Lage waren, sich zu wehren, sondern sie haben auch Frauen und Kinder ermordet... Die, die nicht tot waren, wurden verstümmelt, ohne daß sie einen anderen Fehler hatten als den, zu einer anderen Rasse zu gehören.“ Er lobte den Einsatz der Armee unter Führung des Staatschefs, denen es gelungen sei, die Feinde zu schlagen. Zugleich mahnte er die Bevölkerung, die Feinde nicht selbst zu ergreifen und zu töten, sondern sie „der Autorität auszuliefern, die selbst richten werde“.

Vierzehn Tage später, am 24. Mai, wurde ein *gemeinsamer Hirtenbrief* aller fünf Bischöfe Burundis verlesen. Inzwischen war die Rebellion niedergeschlagen und hatte die grausame Rache gegen alle Bahutus begonnen. „Die Schande unseres Burundi“, schrieben die Bischöfe, „ist die Schande aller Getauften. Das Übel, das unsere heidnischen Vorfahren nicht kannten, ist unter den Getauften ausgebrochen...“ Sie riefen alle auf, sich gegenseitig zu verzeihen, die Ra-

che nicht fortzusetzen und sich zu helfen. „Wir bitten die zuständigen Stellen dringend, die Ordnung in wahrer Gerechtigkeit wiederherzustellen“ (nach: La Croix, 4. 6. 72).

Die Anfang Juni in Tansania verbreitete Meldung (DIA, 8. 6. 72), wonach der einzige Bahutu-Bischof, *St. Kaburungu* von Ngozi, unter Hausarrest gestellt und der ebenfalls zum Bahutu-Stamm gehörende anglikanische Bischof *J. Nkunzumwani* ermordet worden sein soll, erwies sich glücklicherweise als Falschmeldung (DIA, 20. 6. 72).

Der Apostolische Nuntius von Ruanda und Burundi, *W. A. Carew*, unterbrach sofort nach Bekanntwerden der Ereignisse seinen Urlaub in Kanada und kehrte nach Burundi zurück. Mit dem gleichen Flugzeug traf in der burundischen Hauptstadt Msgr. *L. Kada*, ein Mitarbeiter des päpstlichen Rates „*Cor Unum*“, als Sonderbeauftragter des Papstes zur Einleitung von Hilfsmaßnahmen ein. Er wurde am 28. Mai vom Generaldirektor des Außenministeriums, *M. Bwakira*, und drei Tage später vom Präsidenten empfangen, der ihm gegenüber sogar von 120 000 Opfern sprach (Radio Vatikan, 20. 6. 1972).

### Völkermord, aber Episode

Papst Paul VI. hatte beim Sonntags-Angelus am 28. Mai einen eindringlichen Appell an die Verantwortlichen gerichtet, Gerechtigkeit und Ordnung in Burundi wiederherzustellen, „einem Land, das auf einem so verhei-

lungsvollen Weg der Entwicklung gewesen sei“ (Zit. nach: Osservatore Romano, 29. 5. 72). Ansonsten blieben internationale Reaktionen so gut wie aus. Lediglich die frühere belgische Schutzmacht sprach von „Völkermord“, zog ihren Botschafter zurück und drohte mit einer Revision der Wirtschaftshilfe.

„Die UNO sandte eine Kommission mit dem umwerfend umfassenden Auftrag, zu prüfen, ob die Meldung stimmt, daß zum Abtransport der Leichen UNICEF-Autos benutzt wurden“ (Ruhrwort, 10. 6. 72).

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) entzog sich ebenso wie die UN jeglicher Behandlung des Themas mit dem fragwürdigen Grundsatz der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“. So blieb das „größte afrikanische Massaker seit der Kongo-Revolution“ (Sunday Telegraph) weltpolitisch eine untergeordnete Episode.

Die einflußreiche nordafrikanisch-arabische Zeitschrift „*Jeune Afrique*“, ein in Paris herausgegebenes Wochenmagazin, hatte noch am 10. Juni den Eindruck zu erwecken versucht, daß es sich um ein Vorkommnis handle, das von „religiösen Persönlichkeiten in unangemessener Weise zum ‚Völkermord an den Bahutus‘ ausgeweitet worden sei, wie sie es erst unlängst mit dem ‚Völkermord an den Ibos in Biafra‘ praktiziert hätten“. Eine Woche später mußte die Redaktion zugeben, daß man es wohl doch mit mehr als nur „einseitigen kirchlichen Darstellungen“ zu tun habe.

## Vorgänge und Entwicklungen

### Konziliares Experiment oder „Dritte Konfession“?

#### Bilanz der Ökumene am Ort

*Seit Jahren, insbesondere seit den Vorbereitungen für das ökumenische Pfingsttreffen 1971, ist die Ökumene am Ort stärker im Gespräch als die zwischenkirchliche Zusammenarbeit kirchenamtlicher Stellen. Doch fehlt es über die unmittelbar beteiligten Gruppen hinaus weitgehend an Überblick und Information über die diese Ökumene tragenden Gruppen, Aktivitäten und Ziele. Wir haben deshalb Dr. R. Boeckler, Mitarbeiter der Ökumenischen Centrale in Frankfurt, um eine erste Bilanz gebeten. Sein Beitrag ergänzt im Blick auf die Gemeinden das Gespräch, das wir aus Anlaß des ersten Jahrestages des Augsburger Pfingsttreffens mit dem früheren Präsidenten des ZdK führten (vgl. ds. Heft, S. 333 ff.).*

Die Stimmung erscheint trotz oder gerade wegen der Krisenzeichen in der Gesamtökumene günstig. Pfarrer, Gemeindeglieder, der Mann auf der Straße — sie alle plädieren für eine Zusammenarbeit der Kirchen: in einer Zeit, wo Frieden zu den großen politischen und sozialen Aufgaben zählt, sollten die Kirchen mit dem Beispiel der Versöhnung vorangehen! Vor allem junge Christen — Schüler und Studenten — haben keinen Sinn für konfessionelle Gegensätze, Unterscheidungslehren und -probleme; für einen gemeinsamen Beitrag der Kirchen zu den Fragen der Welt ließen sie sich gewinnen. Seitdem das Zweite Vatikanische Konzil den Weg zur kirchlichen Zusammenarbeit geöffnet hat, ist Ökumene am Ort ein zentra-

les Thema: der „Konservative“ hält sie für orthodox, dem „Progressiven“ ist sie Signal des Fortschritts.

Was aber auf den ersten Blick als einheitlicher Trend erscheint, birgt in Wirklichkeit einen ganzen Komplex von Problemen, ein Miteinander und Wiedereinander von Initiativen, Ideen und Kräften: Formiert sich in der Ortsökumene eine „Dritte Konfession“, oder sind unsere Gemeinden auf dem Wege zu ökumenischer Gemeinschaft? Welches sind die Kräfte, welches die Themen, die das Bild der Ökumene am Ort bestimmen?

### Schrittmacher der Ortsökumene: die freien ökumenischen Gruppen

Ökumene am Ort meint die ökumenische Gemeinschaft katholischer, evangelischer und freikirchlicher Gemeinden — Schrittmacher der ökumenischen Zusammenarbeit sind aber selten die Kirchengemeinden selbst, sondern aktionsfreudige ökumenische Gruppen: Mischehekreise, Basisgruppen und Hausgemeinden. Der Gemeindeleiter, der sie in seine pastorale Strategie einzugliedern weiß, kann sich keine tüchtigeren Helfer wünschen: sie wirken mit bei ökumenischen Gottesdiensten und in Politischen Nachtgebeten, sie engagieren sich in Fragen der Dritten Welt, der Gastarbeiterbetreuung, der kirchlichen Öffentlichkeitverantwortung. Aber sie rühren auch an die wunden Stellen im Miteinander der Kirchen: Warum können Christen verschiedener Konfession miteinander beten, Theologie treiben, den Glauben bezeugen — aber Eucharistie und Abendmahl feiern sie getrennt? Ist für konfessionsverschiedene Paare eine christliche Ehe denkbar, wenn die Eheleute nicht gemeinsam zum Tisch des Herrn gehen können? Zählt ein ökumenischer Gottesdienst weniger, weil sein Besuch nicht als Erfüllung der Sonntagspflicht gilt? Manche Gruppen stellten sich die Fragen so dringlich, daß sie — in einer Art Orthopraxis — sich selbst die Antwort gaben.

Keine Stadt, keine Diözese, keine Landeskirche, in der sich nicht solche Gruppen gebildet haben — oft sogar mehrere in einem Kirchspiel! Die Frage der *Koordination* ist deshalb eines der Hauptprobleme geworden. Was den Gruppen vorschwebt, ist eine Art „Konziliarität“ an der Basis: sie brauchen den Erfahrungsaustausch, gemeinsame Planung, ein theologisches Konzept. Die „*Arbeitsgemeinschaft ökumenischer Kreise in der Bundesrepublik und West-Berlin*“, 1969 gegründet, heute der Sammelpunkt für rund 350 Kreise, könnte dieses Forum abgeben, wenn sie von den Kirchen — der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz — aufgewertet würde. Aber noch wichtiger ist ein anderer Kristallisationspunkt geworden: die *action 365* mit ihrer „Kontaktstelle für ökumenische Gemeindegliederarbeit“ in der Frankfurter Kennedy-Allee. Es gibt kaum einen Arbeitskreis, der nicht die Projekte und Modelle studierte, die der Leiter der Kontaktstelle, A. *Ahlbrecht*, in seinem monatlichen Informationsblatt „Ökumene am Ort“ (Frankfurt) vorstellt. Hier geht es um ökumenische Sozialarbeit, gemeinsames Bauen, ökumenischen Religionsunterricht, um gemeinsamen Gottesdienst und um offenes Abendmahl.

365 selbst ist eine der tatkräftigsten ökumenischen Aktionen, entstanden aus dem Wirken P. *Leppichs* (vgl. HK, August 1971, 358 ff.). Es waren kleine Taems, in denen auch evangelische Christen mitarbeiteten, die als volks-

missionarische Hilfstrupps die Arbeit des bekannten Jesuitenpredigers unterstützten. Nach dem II. Vaticanum entdeckten die Gruppen ihr „Charisma der ökumenischen Pionierarbeit“. Auf Exerzitien, Einkehrtagen und ökumenischen Rüstzeiten, in Arbeitskreisen mit evangelischer und katholischer Teilnehmerschaft helfen sie, ökumenisches Gedankengut zu verarbeiten und zu verbreiten. Die *action 365* ist basisbezogen aufgebaut: es werden Teamsprecher, Regionalsprecher und ein Zentralteam gewählt. Das Sekretariat in Frankfurt wird von einem Team aus Laien und theologischen Mitarbeitern gebildet, unter ihnen der Jesuit *W. Tarara*.

Ein Zug zur Spontaneität, zum unbürokratischen Engagement eignet den meisten ökumenischen Gruppen. Würde nicht auch auf Weltebene die Ökumene durch Einzelpersonlichkeiten vorangebracht, die — wie Nathan Söderblom, William Temple und Johannes XXIII. — mehr Charismatiker als Amtsträger waren? Ebenso müsse in den Gemeinden die Tatkraft Einzelner und die Initiative kleiner Gruppen der kirchenamtlichen Ökumene voraus-eilen.

### Unökumenischer Gemeindealltag

Viele *Gemeinden* aber bleiben für den Ökumeniker ein harter Boden. Zu tief sind in Pfarrämtern und Kirchenvorständen konfessionelle Vorbehalte verwurzelt. Eine Umfrage im Rhein-Main-Gebiet ergab, daß bei höherem Dienstalder die Ökumenebereitschaft abnimmt, daß sie in ländlichen Gebieten geringer ist als in den großen Industriestädten. Die Ökumenebeauftragten in Ordinariaten und Kirchenleitungen wollen den Lernprozeß nicht überstürzen. Sie wissen: einem Mischehekreis in München oder Dortmund könnte man vielleicht die offene Kommunion freigeben; in einer Schwarzwaldgemeinde, im Bayerischen Wald, aber auch in mancher konfessionell geprägten Stadtgemeinde kann schon eine Kanzelabkündigung in Sachen Ökumene den Kirchenvorstand verärgern.

In einigen Diözesen und Landeskreisen zeichnet der Ökumenepfarrer ein ernüchterndes Bild: beinahe jede zweite Gemeinde, die er besucht, hat keine ökumenischen Kontakte, kennt keine ökumenischen Gottesdienste, keine gemeinsamen Seminarreihen oder Aktionen gemeinsamer Sozialhilfe. Er muß die Pfarrgemeinderäte erst für die Sache gewinnen, sie über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit unterrichten. Die Mischeheregelungen von 1970 mit ihren Chancen zur gemeinsamen Seelsorge an konfessionsverschiedenen Ehen sind noch nicht gemeindliche Praxis geworden. Einige Pfarrer und Priester sind auch verunsichert. Was Ökumenismus ist, darüber gehen die Meinungen ja auseinander. Ist es die Suche nach Einheit? Ist es das christliche Engagement in weltlichen Fragen? Könnten es politisch solche Projekte wie das Antirassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen sein?

So zeichnet sich bereits eine *Polarität* ab in der Ökumene am Ort: kirchenamtliche Stellen wollen das Tempo vorandrängender Ökumeniker mäßigen. Sie fürchten spontane Aktionen: Was, wenn demonstrative Interkommunionsfeiern das Glaubensbewußtsein traditionsgebundener Gemeindeglieder erschüttern, wenn ökumenische Gottesdienste stillschweigend als Erfüllung der Sonntagspflicht akzeptiert werden, wenn ökumenischer Religions-

unterricht an die Stelle des konfessionellen tritt? Aus der Sicht kirchlicher Verwaltungen läge die Versuchung nahe, die freie, charismatische Ökumene organisatorisch zu isolieren. Aber welcher Bischof, welche Kirchenleitung kann es sich leisten, diese Kräfte ungenutzt zu lassen! Es stellt sich die Frage nach ökumenisch-pastoralen Modellen: Wie können ökumenische Pioniere und schwerfällige Gemeinden in den nötigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch kommen? Wie lassen sich die verschiedenen Vorstellungen von Ökumene und Konfession in ein ausgeglichenes Verhältnis bringen?

### Christenräte — Modell für die Ortsökumene

In der englischsprachigen Ökumene haben sich die sog. *Christenräte* oder — wie sie bei uns heißen — Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen und Gemeinden in zwei Jahrzehnten bewährt. In der Bundesrepublik wurden sie erst vor zwei Jahren bekannt, als die Ökumenische Centrale, die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland, sie auf ihren Regionaltagungen den deutschen Gemeinden und Kirchen vorstellte. Damals, 1970, gab es Christenräte in Lübeck, Dortmund, Soest und Hofheim; regionale Arbeitsgemeinschaften bestanden in Westfalen und im Rhein-Main-Gebiet. Sind sie das Modell für die Ökumene am Ort?

Wer als Gast an der Sitzung eines örtlichen Christenrates teilnimmt, ist über das *Programm* überrascht: da werden ökumenische Gottesdienste, Bibelwochen, Gemeindegemeinschaften geplante oder gemeinsame Projekte von Misereor und Brot für die Welt unterstützt. In einigen Orten steht ein gemeinsames Bauvorhaben an, oder eine der Gemeinden im Christenrat will die anderen zur Mitverantwortung für den Gemeindekindergarten einladen. Am runden Tisch einer Arbeitsgemeinschaft begegnen sich nicht nur Vertreter der beiden Großkirchen; oft sind Altkatholiken, Orthodoxe, Methodisten, Baptisten, freie evangelische Gemeinden und Pfingstler mitvertreten. Die Zusammenarbeit mit den Freikirchen scheint geradezu eine Eigentümlichkeit dieser Gremien zu sein.

Im Rhein-Main-Gebiet wurde die Bildung örtlicher Christenräte besonders nachdrücklich gefördert: jede freikirchliche, jede evangelisch-landeskirchliche, jede katholische Gemeinde erhielt eine *Mustersatzung*, nach der neue Arbeitsgemeinschaften entstehen sollten (abgedruckt in: Friedrich Hasselhoff und Hanfried Krüger (Hrsg.), *Ökumene in Schule und Gemeinde*. Ein Arbeitsbuch. Stuttgart 1971, S. 540 ff.). Pfarrgemeinderäte und Kirchenvorstände konnten daraus ersehen, wie sich in einem Christenrat Mitgliedschaft, Aufgaben, Arbeitsweise und Finanzfragen regeln lassen: die Christenräte sollen das theologische Gespräch fördern, bei Meinungsverschiedenheiten klären helfen, in der Bildungsarbeit, in sozialen und karitativen Diensten zur Zusammenarbeit anregen und gemeinsame Anliegen der Gemeinden in der Öffentlichkeit vertreten. Als theologische Grundlage der Zusammenarbeit wird die Basisformel des Ökumenischen Rates der Kirchen empfohlen, damit die Gemeinschaft mit der weltweiten Ökumene bewußt werde.

Nach zweijähriger Erfahrung mit den Christenräten ist es noch zu früh für ein abschließendes Urteil. Immerhin sind in dieser kurzen Zeitspanne neue Gremien dieser Art entstanden. Man findet Christenräte in Rendsburg,

Lübeck und Hamburg ebenso wie in Münster und Hagen, in Pforzheim, Karlsruhe, Stuttgart, Coburg oder Nürnberg. Vertreter aus Basisgruppen befürchten gelegentlich eine Institutionalisierung der ökumenischen Gemeindearbeit, als ob sie durch die Satzung des Christenrates ans Gängelband der Kirchenleitungen gerieten. Umgekehrt kommt aus manchen Kirchenleitungen die besorgte Frage, ob das neue Modell nicht zur Emanzipation der ökumenischen Basis beitrage; nicht selten scheint der Ausdruck „Christenrat“ Assoziationen an ein linkes Christentum zu wecken — mit sozialistischen Rätestrukturen haben diese „Christian councils“ jedoch nichts zu tun.

### Entsteht eine „Dritte Konfession“?

Ob es um die Bildung von Christenräten geht oder ob ökumenische Aktionskreise und Basisgruppen ihre Gemeinden aktivieren wollen: immer wieder stoßen sie auf die besorgte Frage: Führt ökumenisches Drängen nicht unvermeidlich zur „Dritten Konfession?“ Vom *ökumenischen Pfingsttreffen* haben einige Vertreter der Hierarchie die Überzeugung in ihre Kirchenämter mitgebracht, daß die „Dritte Konfession“ im Kommen sei: offene Kommunionfeiern, theologischer Pragmatismus und eine kritische Haltung gegenüber den Kirchenleitungen seien untrügliche Anzeichen; schon erkenne man eine Vision von ökumenischer Gemeinde zwischen den Konfessionen und unabhängig von den Kirchenleitungen (vgl. ds. Heft, S. 334).

Hinter dieser Besorgnis steht folgender Tatbestand: bei manchen Theologen und Gemeinden begann in den letzten Jahren der *Sinn für die liturgisch-sakramentale Welt* zu schwinden, dagegen wuchs das Interesse für gesellschaftskritische und *politische Fragen*. Das bischöfliche Hirtenamt wird nicht als unkontrollierbare Amtsvollmacht akzeptiert; die Leitungsfunktion soll durchsichtig gemacht werden. Der Bischof soll Gegenüber sein, das man befragen kann. Dazu kommt ein weiteres: Jede Kirche, jede Glaubensgemeinschaft steht heute vor der Frage, wie sie dem Menschen unseres Jahrhunderts überzeugend Rechenschaft geben kann von dem, was sie glaubt. Überlieferte Formeln, Dogmen und Bekenntnisse erstarren; vergebens sucht der moderne Mensch in der heute gelebten Wirklichkeit die Horizonte, vor denen sich die Aussagen der Väter als eigene Wirklichkeit abheben. Die alte Glaubenswahrheit will neu ausgesprochen, die Lehrkontinuität mit der Tradition der Väter aktualisiert werden.

Es ist kein Wunder, wenn das *Ringens mit der kirchlichen Vergangenheit* sich auch in der Ökumene am Ort auswirkt. Der evangelische Christ, der seine Bekenntnisschriften als Dokument der Geschichte abgeschrieben hat, begegnet vielfach einem katholischen Gesprächspartner, der ebenfalls nur ein gebrochenes Verhältnis zur Tradition seiner Kirche besitzt. Und der Katholik, der die Frage von Amt und Gemeinde neu durchdenken will, findet bei einem baptistischen Mitchristen ein Verständnis von Gemeinde, das zumindest als Ergänzung der volkskirchlichen Pfarrgemeinde Aufmerksamkeit verdient.

Trotzdem ist es nicht gerechtfertigt, wenn besorgte Kirchenführer eine „Dritte Konfession“ vor der Tür wähen. Nicht einmal Ansätze dazu lassen sich feststellen: die Ökumenische Gemeinde ist mehr Vision als Wirklichkeit,

Interkommunionfeiern finden nur in kleinen Zirkeln statt, in Hausgemeinden oder Mischehekreisen — im öffentlichen Gottesdienst der Pfarrgemeinde werden die Abendmahlsgäste zwar nicht überprüft, es wird aber auch nur in Ausnahmefällen zur offenen Kommunion eingeladen. Die demonstrativen Feiern auf dem Pfingsttreffen sollten die Kirchenleitungen auf einen pastoralen Notstand aufmerksam machen.

Was hier als Krise, als gefahrvolle Wende in der Ökumene erscheint, ist in Wahrheit ein konfessionseigenes Problem, eine Krise der konfessionellen Identität. Das elitäre Bewußtsein freikirchlicher Gemeinschaften ist ebenso erschüttert wie die verfaßte Kirchlichkeit der großen Konfessionskirchen. Ob kirchenamtliche Scheingefechte gegen die „Dritte Konfession“ nicht davon ablenken, daß im eigenen Hause noch viel Theologie aufzuarbeiten ist?

### Die Eigendynamik der Ortsökumene

So unbegründet die Furcht vor einer „Dritten Konfession“ ist: daß die Ökumene am Ort eine eigene Dynamik entwickelt, läßt sich nicht bestreiten. Das kann nur diejenigen verwundern, die nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil geglaubt hatten, Ökumene lasse sich durch kirchliche Amtsblätter dosieren und steuern.

Ein Gradmesser für den gegenwärtigen Stand bieten die *Arbeitspapiere*, die auf den diesjährigen Regionaltagungen der Frankfurter Ökumenischen Centrale erstellt worden sind (Materialdienst der Ökumenischen Centrale 1972, Nr. 7—9). Diese Tagungen — die Anfang des Jahres in Hofgeismar, Teisendorf/Bayern, Schwerte/Ruhr und Berlin stattgefunden haben — sollten die Aufgaben der Ökumene am Ort neu umreißen. Sie spiegeln wider, welche Kräfte, welche Themen und welche Initiativen die ökumenische Gemeindegemeinschaft für die nächsten Jahre bestimmen dürften:

1. Neben den Christenräten gehört zum Bild der Ortsökumene die *wachsende Zahl der Basis- und Dienstgruppen*, die sich in Fragen der Dritten Welt, der Gastarbeiterbetreuung und anderen sozialkaritativen Aufgaben engagieren. Das Hauptproblem ist hier die Kommunikation:

es gibt Gruppen, die sich einen eigenen Kontakt nach Genf aufgebaut haben — aber von der eigenen Kirchenleitung oder Diözese trennt sie eine Kluft. Kontaktstellen für den Gedanken- und Erfahrungsaustausch könnten die regionalen Christenräte sein sowie die von der action 365 eingerichtete „Kontaktstelle für ökumenische Gemeindearbeit“ in Frankfurt.

2. Im *gottesdienstlichen Bereich* bildet die Interkommunion das Kernproblem. Die Diskussion darüber hat sich aber versachlicht. Pfarrer, ökumenische Gruppen und Mischehekreise, die sich für die offene Kommunion aussprechen — und sie gelegentlich auch praktizieren —, betrachten das Ökumenische Direktorium als Haupthindernis, weil es die offene Kommunion nur im äußersten Notfall zulasse. Man beruft sich jedoch auf die Malta-Gespräche zwischen dem Lutherischen Weltbund und dem Einheitssekretariat (vgl. HK, Nov. 1971, 536 ff.), die wenigstens einen neuen Diskussionsstand geschaffen hätten.

3. Neues Thema der Ökumene am Ort ist der *Religionsunterricht* geworden. Der konfessionelle Religionsunterricht hatte die Kinder nicht in ihrer Kirche beheimaten können. Was spreche also, so meinen manche, gegen gemeinsamen Unterricht? Bietet er doch — vor allem in der Sekundarstufe II — die Möglichkeit, unkirchliche Schüler durch gezielte Kursangebote für kirchliche Themen zu interessieren. Der Lehrer dürfte nicht auf einen wertneutralen Unterricht festgelegt, der Schüler aber auch nicht als Bekehrungsobjekt betrachtet werden. Lehrer, die ökumenischen Religionsunterricht erteilen wollen, sollten beim Schulrat die Genehmigung dazu beantragen können.

4. Festzusetzen beginnt sich an der Basis der *Gedanke der Konziliarität*, für den sich 1971 die Faith-and-Order-Kommission in Löwen nachdrücklich eingesetzt hat. Wenn „ein wahrhaft universales Konzil wieder für alle Christen sprechen und den Weg in die Zukunft weisen“ soll (Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala 1968), muß dies auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene vorbereitet werden. Ein Modell gibt es noch nicht; als Muster konziliaren Miteinanders könnte aber die Methode der Konvergenz dienen, bei der man gemeinsam — jeder von seiner Tradition her — die Glaubensantwort auf die Fragen der Zeit sucht.

Richard Boeckler

## War die Welthandelskonferenz eine Enttäuschung?

### Zu den Ergebnissen der UNCTAD III in Santiago

Die dritte Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD III) ging am Pfingstsonntagmorgen mit einer Marathonsitzung zu Ende, die sich über die letzten drei Tage und Nächte hingezogen hatte. In diesen drei Tagen, also vom 18. bis zum 21. Mai, hatten die Delegierten über etwa 50 Resolutionen abzustimmen. So endete die Konferenz in einer Atmosphäre der Erschöpfung und Verbitterung. Erschöpfung wegen der drei Nachtsitzungen und Verbitterung wegen der äußerst mageren Resultate. Verbitterung natürlich nur auf der Seite der Entwicklungsländer. Die Industrieländer hatten eher mit dem „Erreichten“ zufrieden zu sein. Sie tragen aber auch ein gerüttelt Maß Verantwortung für die enttäuschende Bilanz. Die 3000 Delegierten aus 141 Ländern

und von etwa 50 internationalen Organisationen haben nach über fünf Wochen Verhandlungen im Plenum, in Kommissionen und Kontaktgruppen eine einzige wirklich tragende Resolution verabschiedet: den 25 ärmsten Ländern unter den Armen soll besondere Hilfe zuteil werden.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (23. 5. 72) bezeichnet das Ergebnis zwar nur als „relativ bescheiden“. Die Enttäuschung der Entwicklungsländer wird weitgehend ihrem „fehlenden Realitätssinn“ zugeschrieben. Die Forderungen von Lima der Gruppe der 77 seien eben „mehr aufgestellt als ausgearbeitet“ worden. Der Verlauf der Konferenz zeigt aber, daß dieses Urteil einer genaueren Überprüfung kaum standhält.